Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 227 (1954)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(Vom 1. Juli 1952 bis 30. Juni 1953)

Daß die weltpolitische Entwicklung nur zum Teil von den Männern bestimmt wird, die auf der politischen Bühne im Vordergrund stehen, das ist gerade im Zusammenhang mit zwei Hauptereignissen des Berichtsjahres deutlich geworden: der Wahl Eisenhowers zum amerikanischen Präsidenten und dem Tode des sowjetrussischen Diktators Stalin.

Von beiden Ereignissen wurde vielfach eine rasche Veränderung der politischen Lage erwartet, denn es handelte sich um wichtige Personenwechsel gerade an den Spitzen der beiden größten Weltmächte. Einiges hat sich inzwischen ja auch tatsächlich geändert. Aber diese Änderungen liegen vorläufig doch mehr nur am Rande und erstrecken sich auf Einzelheiten, während die Grundlagen und die großen Linien der Entwicklung die gleichen geblieben sind. Die amerikanische Außenpolitik beispielsweise verfolgt im wesentlichen den bereits durch die Präsidenten Roosevelt und Truman gesteuerten Kurs, und auch die Sowjetpolitik hat bisher kaum wirklich neue Wege eingeschlagen, obwohl die kommunistische Propaganda bald nach Stalins Tod den Eindruck einer grundsätzlichen Neuorientierung zu erwecken suchte.

Die Politik wird eben nicht nur durch die Politiker gemacht. Es gibt da noch zahlreiche andere Faktoren, die ins Gewicht fallen und vielfach schwerer wiegen. Dazu gehören etwa geographische Gegebenheiten, auch politische und historische Traditionen, über die sich keine Regierung, selbst die revolutionärste nicht, hinwegsetzen kann. Ein Kleinstaat beispielsweise, mögen noch so fähige politische Köpfe an seiner Spitze stehen, bleibt ein Kleinstaat und kann nicht plötzlich als Großmacht auftreten. Ebensowenig vermag ein Binnenland Seemachtpolitik zu betreiben. Kurz: auch in der Politik kann kein Staat und kein Staatsmann den eigenen Schatten überspringen.

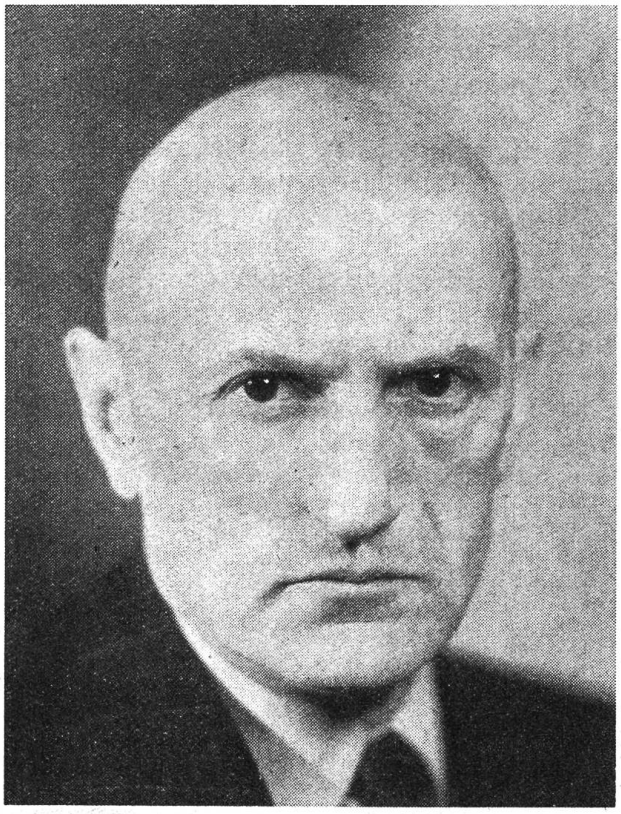
So vermochten denn auch die neuen Männer, die nach den amerikanischen Wahlen in Washington und nach Stalins Tod in Moskau ans Ruder kamen, die internationale Politik bisher nicht derart zu beeinflussen, daß man am Ende des Berichtsjahres von einer völlig neuen Lage sprechen könnte. Immerhin ist festzustellen, daß der „Kalte Krieg" zwischen Ost und West in letzter Zeit erheblich weniger frostig geführt wird, daß vereinzelte kleinere Streitpunkte sogar aus dem Blickfeld verschwunden sind, und daß sich da und dort wenigstens gewisse Möglichkeiten für neue Entwicklungen abzuzeichnen beginnen.

*

Daß in der zweiten Hälfte 1952 auf dem Boden der internationalen Politik keine neuen Aktionen größeren Umfangs mehr unternommen wurden, lag zu einem wesentlichen Teil an den amerikanischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Überall schien man ihren Ausgang abwarten zu wollen, und je näher der 4. November heranrückte, um so weniger wagte man vorauszusagen, wer gewinnen würde: ob die Demokraten, die seit 1933 die Mehrheit besaßen, die Präsidenten Roosevelt und Truman gestellt hatten und jetzt als neuen Kandidaten für dieses hohe Amt den hervorragenden Politiker Adlai E. Stevenson in Vorschlag brachten, oder die Republikaner, deren Kandidat Dwight David Eisenhower war, der berühmte und populäre Heerführer des zweiten Weltkrieges und erste Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte. Mit 33 Millionen Stimmen siegte dann der General auch in diesem politischen Feldzug über Stevenson, der 26,5 Millionen Stimmen auf sich vereinigte. Da die amerikanische Verfassung den Amtsantritt eines neuen Präsidenten auf den 20. Januar festlegt, benützte Eisenhower die Zwischenzeit zur Bildung seiner Regierung und, einem Wahlversprechen folgend, zu einem Besuch des Kriegsschauplatzes in Korea, von wo er jedoch mit der Erklärung zurückkehrte, daß es zur Lösung der Koreafrage leider „keine Tricks oder Geheimrezepte" gebe.

Allgemein erwartete man von der neuen, politisch mehr rechts stehenden amerikanischen Regierung einen aktiveren Kampf gegen den Kommunismus, und in seinen ersten Reden beim Amtsantritt und vor dem Parlament entwickelte Präsident Eisenhower ein weltumspannendes Programm und versprach eine „neue positive" Außenpolitik. Sein Außenminister John Foster Dulles unternahm bereits anfangs Februar eine Reise in die europäischen Hauptstädte der NATO-Länder und im Mai eine zweite in die arabischen Staaten

des Mittleren Ostens. Beide hatten eine Festigung der antikommunistischen Front zum Ziel, und besonders in Europa drängte Dulles auf rasche Verabschiedung der von den verschiedenen nationalen Parlamenten immer noch nicht genehmigten Verträge über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), wobei er mit einer drastischen Kürzung der amerikanischen Nachkriegshilfe drohte. Eisenhower ergriff die Initiative zu einer Resolution über die Nichtanerkennung von Verpflichtungen aus Geheimverträgen mit den Sowjets, die aber im Parlament auf Schwierigkeiten stieß und vorläufig fallengelassen wurde. Auch sein Beschluß zur sogenannten Entneutralisierung der Insel Formosa, womit die dortige nationalchinesische Regierung Tschiang Kai-scheks freie Hand zu Aktionen gegen das Festland Rotchinas erhielt, hatte wenig praktische Folgen.



Philipp Etter
Bundespräsident für das Jahr 1953

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

In diese Entwicklung kam am 4. März aus Moskau die überraschende Nachricht, daß Stalin, der noch kurz vorher bei guter Gesundheit ausländische Diplomaten empfangen hatte, anfangs März einen Schlaganfall erlitten habe und gelähmt sei; nach zwei Tagen wurde Stalins Tod und keine 48 Stunden später ein ausführlicher Beschluß über die neue Leitung der Sowjetunion bekanntgegeben: G. M. Malenkow als Präsident des Ministerrates, L. P. Beria als Innenminister und Minister für Staatssicherheit, und W. M. Molotow als Außenminister standen demnach an der Spitze der Regierung. Auch sonst wurden sehr weitgehende personelle Änderungen angekündigt, und allgemein erkannte man das Bestreben, nicht eine einzelne Person, sondern, wie in den Anfängen des Sowjetstaates, wieder die Kommunistische Partei in den Mittelpunkt zu stellen. An der Beisetzung Stalins sprachen nacheinander Malenkow, Beria und Molotow, und alle drei bezeichneten die Herstellung „sachlicher Beziehungen" als ein Ziel der sowjetischen Außenpolitik, die im übrigen nur die Erhaltung des Friedens im Auge habe. Diesen Erklärungen folgten eine Amnestie, eine Preissenkungsaktion und eine sensationelle Wendung in der Affäre der sogenannten „Verschwörer-Ärzte", die im Januar wegen „Terrorismus" und angeblich absichtlicher tödlicher Behandlung führender sowjetischer Persönlichkeiten verhaftet worden waren und jetzt freigelassen wurden, während man ihre ehemaligen Ankläger verhaftete.

Hinzu kamen gewisse Veränderungen des politischen Klimas an der äußern Front der kommunistischen Welt. In der Tschechoslowakei, wo Präsident Gottwald wenige Tage nach seiner Rückkehr von der Beisetzung Stalins unter nicht völlig abgeklärten Umständen ebenfalls starb und der bisherige Ministerpräsident Zapotocky sein Nachfolger wurde, wurde nach einigen Wochen der zwei Jahre vorher als „Spion" verurteilte amerikanische Journalist Oatis begnadigt und freigelassen; in Berlin erklärten sich die Russen zu neuen Verhandlungen über die Luftsicherheit bereit; in der deutschen Ostzone erfolgte im Juni eine wesentliche Abschwächung des kommunistischen

Kurses auf kirchlichem und wirtschaftlichem Gebiet; in der sowjetisch-besetzten Zone Österreichs wurde das Besetzungs-Regime in verschiedenen Punkten gemildert; mit Jugoslawien wurden die diplomatischen Beziehungen wieder normalisiert; endlich richtete Moskau eine Note an die Türkei, in der es auf zum Teil alte Ansprüche hinsichtlich der Dardanellen verzichtete.

Im Westen stand man dieser sowjetischen „Friedensoffensive" von allem Anfang an skeptisch und abwartend gegenüber. Vor allem die Amerikaner verlangten von Moskau „greifbare Beweise" und nicht bloß Gesten und Änderungen der politischen Taktik. Dabei wurde besonders auf Korea hingewiesen, wo der Kommunismus durch Beendigung des Krieges zeigen könne, ob er wirklich den Frieden wolle, und auf den Staatsvertrag für Österreich, dessen Unterzeichnung bisher immer wieder an russischen Einwänden gescheitert war. Den Vorschlag für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über Österreich lehnte jedoch Moskau ausdrücklich ab und wollte darüber nur auf diplomatischem Wege die Diskussion fortsetzen.

Genährt wurde das westliche Mißtrauen nicht zuletzt auch durch eine zweideutige kommunistische Politik im Fernen Osten. Dort waren die seit langem auf einem toten Punkt angelangten Verhandlungen über Korea wieder in Gang gekommen, da die chinesischen Kommunisten Ende März einem Vorschlag zum Austausch kranker und schwerverwundeter Gefangener gemäß der internationalen Genfer Konvention zugestimmt hatten; bereits am 11. April konnte ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet werden, dem am 9. Juni die Unterzeichnung eines Abkommens über die Regelung der gesamten Kriegsgefangenenfrage folgte; danach hatte bei der Durchführung auch die Schweiz als neutraler Staat mitzuwirken. Nun schien endlich der Weg zum Abschluß des Waffenstillstandes frei zu sein. Daß jedoch eine neue Verzögerung eintrat, war nicht die Schuld der Kommunisten, sondern der Südkoreaner, die von einem Waffenstillstand für sie nachteilige politische Folgen befürchteten und deshalb durch vorzeitige Freilassung von Gefangenen das eben abgeschlossene Abkommen bereits verletzten.

Die kommunistische Zweideutigkeit aber bestand darin, daß kurz nach dem Wiederbeginn der Verhandlungen in Korea die von China materiell unterstützten Vietminh-Streitkräfte in Indochina eine neue Offensive gegen die französischen Truppen eröffneten und erstmals ins Königreich Laos eindrangen. Der Vorstoß wurde zwar in der ersten Hälfte Mai wieder abgebrochen, doch die Schwierigkeiten wuchsen, da nun, um den Kommunisten den Wind etwas aus den Segeln zu nehmen, auch die Könige von Laos und Kambodscha von den Franzosen die vollständige Unabhängigkeit verlangten.

Öltank für die neue Kehrichtverbrennungsanstalt der Stadt Bern mit 150 000 Liter Inhalt

Photo W. Rydegger, Bern

Trotz dieser widerspruchsvollen Entwicklung im Fernen Osten war besonders im europäischen Westen ein gewisses Nachlassen der Spannung festzustellen. Die Gründe dafür lagen zum Teil noch in der Zeit vor dem Moskauer Regierungswechsel. Bereits anfangs Oktober, als der russische kommunistische Parteitag nach langen Jahren wieder einmal zusammengetreten war, hatte Stalin in einer vielbeachteten Abhandlung die Dinge so dargestellt, als ob der Westen schließlich durch Wirtschaftskrisen und innere Gegensätze gleichsam von selber zerfallen und sich dem Kommunismus zuwenden würde. Daraus wurde vielfach der Schluß gezogen, daß Moskau nicht mehr an weitere gewaltsame Vorstöße nach dem Westen hin denke. Auch die neuen „Säuberungen", die nach dem Parteitag besonders in der Tschechoslowakei mit dem Prozeß gegen den einst allmächtigen Kommunisten Rudolf Slansky, aber auch in andern „Volksdemokratien" einsetzten, so wie die Nachrichten über Versorgungsschwierigkeiten deutete man als Anzeichen innerer Schwäche. Dann folgten Stalins Tod und die „Friedensoffensive". Und schließlich kam es Mitte Juni zunächst in Ostberlin und dann in ganz Ostdeutschland gerade in dem Augenblick, da die kommunistischen Maßnahmen gemildert wurden, zu einem wahren Volksaufstand gegen das Regime, so daß die sowjetischen Besetzungsbehörden den Belagerungszustand proklamierten und Militär und Tanks gegen die revoltierenden Massen einsetzten. Auch in der Tschechoslowakei kam es zu Streiks und Unruhen. Das zeigte deutlicher noch als alles andere, auf wie schwachen Füßen die kommunistische Herrschaft im europäischen Osten stand. Mit einem derart unzuverlässigen Hinterland konnten die Sowjets jedenfalls keinen Krieg gegen den Westen wagen, auch wenn sie den Ausbau ihrer Streitkräfte weiter betrieben.

Im Herbst 1952 zerstörte ein Großbrand das Männerhaus des Verpflegungsheims Utzigen (Bern).

Photo W. Rydegger, Bern

Auf der andern Seite dagegen ist der Westen nicht schwächer geworden. Die NATO (North Atlantic Treaty Organization, Atlantikpakt) hat besonders organisatorisch Fortschritte gemacht und verfügt heute über einen arbeitsfähigen Generalstab, dessen Verteidigungspläne ein Gebiet umfassen, das vom Norden Norwegens bis ans Mittelmeer und über die Türkei bis zum Kaukasus reicht. Hier ist auch zu erwähnen, daß sich Jugoslawien, dessen Diktator Tito zu einem mehrtägigen offiziellen Besuch in England weilte, der antisowjetischen Front weiter annäherte und Ende

Die Stadtgemeinde London-Edmonton hat zur Krönungsfeier der englischen Königin am 2. Juni 1953 fünfzig junge Schweizer und Schweizerinnen eingeladen.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Februar mit der Türkei und Griechenland einen Zusammenarbeitsvertrag abschloß.

Mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) jedoch ist man nicht recht vom Fleck gekommen. Immerhin können auch die Anhänger einer Vereinigung Europas auf einen Erfolg hinweisen, indem die Hohe Behörde der Montanunion (Schumanplan) im Herbst in Funktion getreten ist und am 10. Februar zwischen den beteiligten sechs Ländern alle Zölle für Kohle und Erz, am 1. Mai auch diejenigen für Stahl abgeschafft wurden; für diese wichtigen Grundprodukte ist damit ein großer gemeinsamer Markt geschaffen worden. Inzwischen wurde vom Parlament der Montanunion im Auftrag der Außenminister der sechs Länder auch schon der Entwurf zu einer Europa-Verfassung ausgearbeitet; bis zur Annahme dieser Verfassung durch die verschiedenen nationalen Parlamente dürfte allerdings noch viel Wasser die europäischen Flüsse hinunterlaufen.

In diesem Zusammenhang sei auch eine teilweise Entspannung in der Saarfrage registriert. Da sich Paris und Bonn in wiederholten Verhandlungen über die Zukunft des Saarlandes nicht einigen konnten, führte die saarländische Regierung gestützt auf die Verfassung am 30. November die Neuwahl des Parlaments durch, und das Ergebnis zeigte, daß die große Mehrheit der Saarländer die verfassungsmäßigen Parteien

unterstützte, die für ein autonomes Saarland in einem geeinten Europa eintreten und eine Rückgliederung an Deutschland in der alten Form ablehnen. Gleichzeitig verlangten die Saarländer aber auch von Frankreich einen Abbau seiner Ansprüche aus der ersten Besetzungszeit nach dem Kriege; eine entsprechende Revision der bestehenden französisch-saarländischen Abkommen konnte in Verhandlungen erreicht und am 10. Februar unterzeichnet werden, womit das Saarland seinen Zielen um einen weiteren Schritt näherrückte.

*

Aus der langen Reihe von Ereignissen, die die internationale Entwicklung zwar weniger beeinflußten, aber für die betreffenden Länder und Völker von Bedeutung waren, kann der Chronist hier nur einige herausgreifen.

Für England und das Britische Reich war der vielleicht wichtigste Tag des Berichtsjahres der 2. Juni, an dem die junge Königin Elisabeth II. in der Westminster-Abtei nach uraltem Brauch gekrönt und gesalbt wurde. Eine ungeheure Prachtentfaltung war damit verbunden, und aus aller Welt strömten Schaulustige nach London, um den Krönungsumzug mitzuerleben, der übrigens, wie die Krönungszeremonie selber, erstmals auch durch die Fernseheinrichtungen in der ganzen Welt mitangesehen werden konnte. Neben diesem festlichen erlebte England auch einen schwarzen Tag: am 1. Februar erhob sich von der Nordsee her eine ungeheure Sturm- und Springflut, die nicht nur für die ganze englische Ostküste, sondern teilweise auch für Belgien und vor allem für Holland zur größten Katastrophe seit Jahrhunderten wurde. Überall wurden Dämme eingerissen, und das salzige Meerwasser flutete kilometerweit ins Land hinein. In Holland allein kamen dabei 1794 Menschen ums Leben und entstanden Schäden von mehr als einer Milliarde Gulden; England hatte mehr als 400 Tote zu beklagen.

In Frankreich waren die hervorstechenden politischen Ereignisse wieder einmal die Regierungskrisen. Das Kabinett Pinay, dessen Ministerpräsident besonders auf dem Lande sehr populär war, trat kurz vor Weihnachten zurück, weil es mit seinen Budgetplänen auf Schwierigkeiten stieß, so daß Frankreich das neue Jahr auch mit einer neuen Regierung begann, die aber bereits im Mai wieder gestürzt wurde. Und nun folgte eine 36tägige Krise, die längste seit Kriegsende, bis endlich eine neue Regierung — die 19. seit der Befreiung! — mit dem Industriellen Laniel an der Spitze gebildet war. Dabei verschob sich das politische Schwergewicht weiter nach rechts, indem nun auch die Anhänger des Generals de Gaulle, der allerdings nach schweren Stimmenverlusten bei lokalen Wahlen seine „Sammlungsbewegung" als Partei aufgelöst hat, ins Kabinett aufgenommen wurden.

In Italien fanden anfangs Juni die Parlamentswahlen statt, wobei die extremen Parteien rechts und links auf Kosten des demokratischen Zentrums, besonders der kleineren Parteien, Stimmen und Mandate gewannen. Eine wesentliche Verschiebung der politischen Machtverhältnisse ist jedoch nicht eingetreten. Auch die Wahlen in Österreich vom 22. Februar haben die Parteien in annähernd gleicher Stärke ins Parlament zurückgeführt, und das aus Volksparteilern und Sozialdemokraten zusammengesetzte Kabinett hat in der Person von Julius Raab lediglich einen neuen Bundeskanzler (Regierungspräsidenten) erhalten.

Von den skandinavischen Ländern ist diesmal Dänemark zu erwähnen, das am 28. Mai durch Volksabstimmung die Verfassung in dem Sinne abgeändert hat, daß nunmehr auch die weibliche Thronfolge möglich wird, das Wahlrechtsalter statt bei 25 bei 23 Jahren beginnt und Grönland von einer Kolonie zu einer selbständigen Provinz erhoben wird, die zwei Vertreter ins Parlament abordnet.

In Südamerika kam es wiederum zu verschiedenen Putschen und Putschversuchen. Wichtiger war jedoch Ende Juli der Tod Eva Perons, der Gattin des Präsidenten von Argentinien, die in jenen Tagen von den Massen wie eine katholische Heilige verehrt wurde. Da sich „Evita", wie man sie im Lande allgemein nannte, besonders auf sozialem Gebiet in der Regierung sehr aktiv betätigt hatte, wirkte sich ihr Tod auch politisch aus, doch ist es bisher zu ernsthaften Erschütterungen der Diktatur nicht gekommen. Präsident Peron reiste übrigens zur Festigung seines

Prestiges im Februar zu einem mehrtägigen Staatsbesuch nach Chile, wo im September Präsidentschaftswahlen erstmals mit Beteiligung der Frauen stattgefunden hatten und hierauf General Carlos Ibanez, der zwar nicht die vorgeschriebene Stimmenzahl, aber die meisten Stimmen erhalten hatte, zum Präsidenten proklamiert worden war. Beide Präsidenten gelangten bei ihren Besprechungen zu einem Abkommen, das, wie sie erklärten, zwischen beiden Ländern eine weitgehende Wirtschaftsunion herbeiführen soll, der sich auch andere südamerikanische Staaten anschließen können.

*

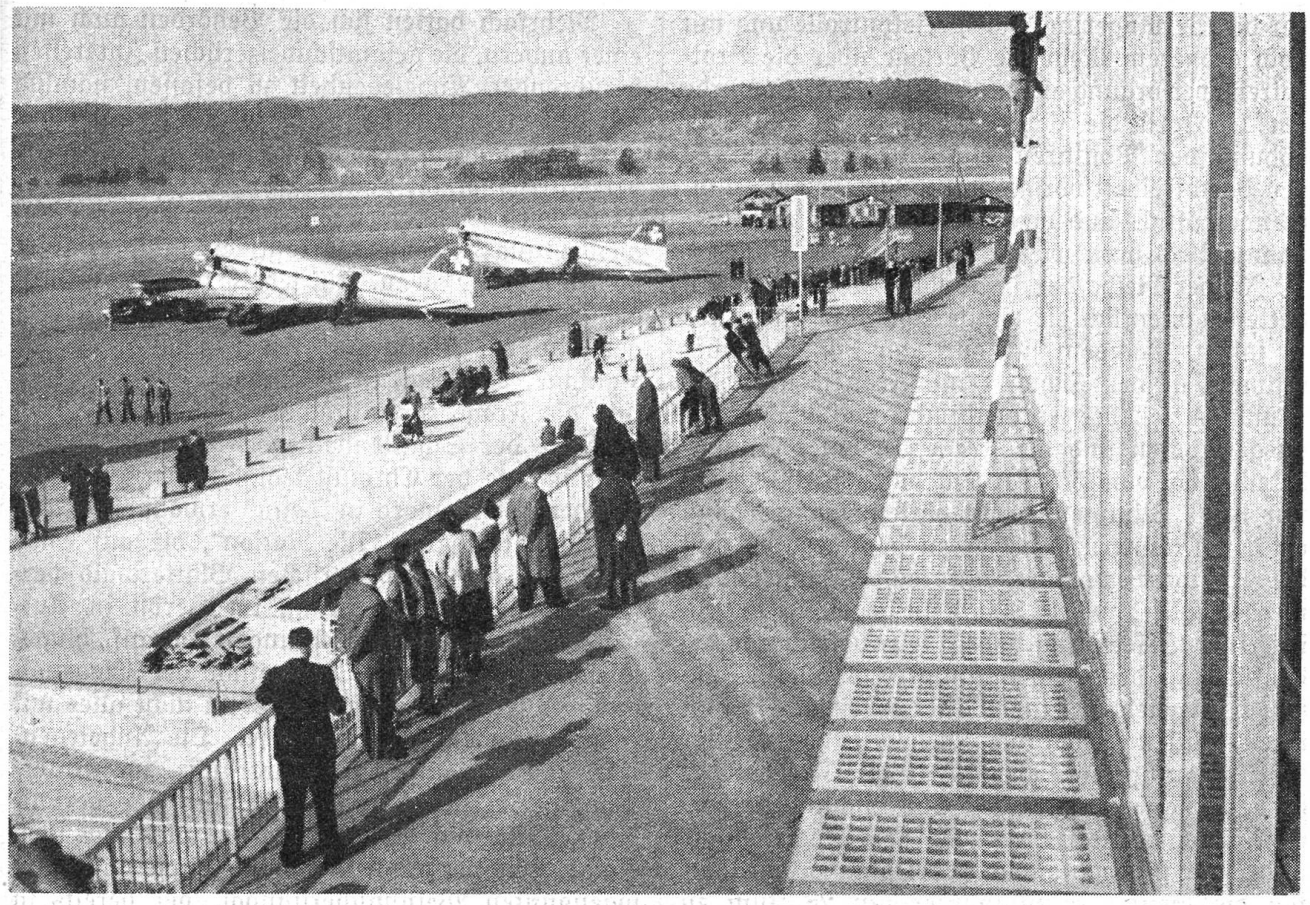
Endlich noch einige Hinweise auf die Vorgänge in der arabisch-afrikanischen Welt.

Hier stand zu Beginn des Berichtsjahres während längerer Zeit Ägypten im Vordergrund des Interesses. Nach mehrfachen Regierungswechseln hatten am 23. Juli Teile der Armee unter Führung des Stadtkommandanten von Kairo, General Mohammed Naguib, einen Staatsstreich verübt, drei Tage später den König Faruk zur Abdankung gezwungen und sein Söhnchen zum König proklamiert. General Naguib griff dann auch in die Regierungsgeschäfte energisch ein, bekämpfte die in Kabinetts- und Hofkreisen verbreitete Korruption, verlangte die Durchführung einer Landreform unter Enteignung der Großgrundbesitzer, schaffte den Titel Pascha und andere ab, ersetzte im Dezember die Verfassung von 1923 durch eine provisorische, die deutlich republikanische Tendenzen zeigte, und proklamierte am 19. Juni auch tatsächlich die Republik, wobei der Revolutionsrat ihn zum Präsidenten bezeichnete. Außenpolitisch suchte Naguib neue Verhandlungen mit England in der Sudanfrage, über die im Februar ein Abkommen zustande kam, und in der Frage der britischen Stützpunkte in der Suezkanalzone, worüber jedoch bis heute noch keine Einigung erzielt werden konnte.

Die Ereignisse in Ägypten blieben nicht ohne Rückwirkungen auf andere arabische Länder. Besonders in Tunesien und Marokko verschärften der Bey und der Sultan ihre Unabhängigkeitsforderungen gegenüber Frankreich, und anfangs Dezember kam es in Casablanca zu blutigen Unruhen — womit offenbar die damals vor der UNO zur Sprache stehenden arabischen Klagen gegen Frankreich unterstützt werden sollten. In Iran (Persien) hatte der Schah zeitweilig einen schweren Stand, und die Auseinandersetzung mit Großbritannien im Erdölkonflikt verschärfte sich derart, daß es im Oktober zum Abbruch der britisch-persischen Beziehungen kam. In Kenya entbrannte ein blutiger Kleinkrieg zwischen den britischen Behörden und der sogenannten Mau-Mau-Bewegung, die weiße und eingeborene Siedler terrorisierte. In friedlichen Formen vollzog sich dagegen Mitte September der seinerzeit von der UNO beschlossene föderative Anschluß der früheren italienischen Kolonie Erythräa an Abessinien.

*

Die internationalen Vorgänge haben im Berichtsjahr mehr als einmal auch die schweizerische Politik berührt. An erster Stelle sind hier Auswirkungen der Ereignisse im fernen Korea zu erwähnen: Nachdem dort bereits in der ersten Phase der Waffenstillstandsverhandlungen auch die Schweiz als eine der neutralen Nationen genannt worden war, die bei der Überwachung des Vertrages mitzuwirken hätte, nahm die Frage bei Unterzeichnung der Abkommen über den Gefangenenaustausch festere Gestalt an. Der Bundesrat stimmte schließlich zu, und gegen Ende Juni flog eine erste, vorwiegend aus Offizieren zusammengesetzte Gruppe unter der Führung von Oberstdivisionär Rihner nach dem Fernen Osten ab. Auch im Mittleren Osten hatte unsere Diplomatie eine Mission zu erfüllen, indem ihr nach dem Abbruch der persisch-britischen Beziehungen die Interessenvertretung Englands, der Südafrikanischen Union, Neuseelands und Kanadas in Persien übertragen wurde. Dagegen mußte im Januar auf Weisung der kommunistischen Behörden Ostberlins die dortige schweizerische Delegation, die die Schweizer in der deutschen Sowjetzone betreute, ihre Büros schließen. Mit der westdeutschen Bundesregierung konnte im August ein Abkommen zur Regelung der deutschen Schulden gegenüber der Schweiz abgeschlossen werden, das nach Genehmigung durch die Westmächte an die Stelle des sogenannten Washing-



Nach mehrjähriger Bauzeit sind im Sommer 1953 die Gebäude des Flughofes Zürich-Kloten eingeweiht worden.

ATP-Bilderdienst, Zürich

toner Abkommens trat. Im Februar beschloß der Bundesrat sodann, gewisse Beziehungen zur Montanunion herzustellen, um die den Kohle- und Stahlmarkt betreffenden Fragen mit der Hohen Behörde direkt besprechen zu können. Endlich sei noch erwähnt, daß der Bundesrat im März zustimmte, als Italien und die USA ihre Gesandtschaften in Bern in den Rang von Botschaften zu erheben beschlossen; damit ist mit einer langen Tradition gebrochen worden, denn bisher war nur Frankreich, und zwar seit dem 16. Jahrhundert, in der Schweiz durch einen Botschafter vertreten.

Auf innenpolitischem Gebiet sind zunächst vier eidgenössische Volksabstimmungen zu verzeichnen, von denen drei noch vor Neujahr stattfanden, so daß das Jahr 1952 mit insgesamt sieben eidgenössischen Urnengängen den Rekord hält. Nach den vier Abstimmungen des ersten Halbjahres fand die erste der Berichtsperiode bereits am 6. Juli statt: bei einer Stimmbeteiligung von nur 43 Prozent wurde eine Vorlage zur Rüstungsfinanzierung erneut mit einem Mehr von rund 100 000 Stimmen verworfen. Mit einer noch größeren Mehrheit — 602 000 Nein gegen 110 800 Ja — wurde am 5. Oktober die Vorlage über Luftschutzbauten abgelehnt, während gleichzeitig die Beibehaltung der Tabakkontingentierung mit 491 600 Ja gegen 232 000 Nein und in allen Ständen mit Ausnahme von Appenzell A.-Rh. Zustimmung fand. Mit ungefähr gleichem Stimmenverhältnis, doch mit 16 : 6 Standesstimmen, wurde sodann am 23. Novem-

ber die Verlängerung der Preiskontrolle und mit noch größerem Mehr die Vorlage über die Brotgetreideversorgung angenommen. Dagegen wurde am 19. April die Gesetzesvorlage, die eine Erhöhung der Posttaxen und eine Einschränkung der Portofreiheit vorsah, mit umgekehrtem Stimmenverhältnis und von allen Ständen mit Ausnahme Uris verworfen.

In der Reihe der kantonalen Abstimmungen hatten namentlich die Genfer wichtige Entscheide zu fällen. Nachdem sich dort am 30. November erstmals in der Schweiz die Frauen über die Wünschbarkeit des Frauenstimm- und Wahlrechts ausgesprochen und die Frage bei einer Stimmbeteiligung von 58 Prozent mit 35 100 gegen nur 3300 Stimmen bejaht hatten, war es dann an den Männern, darüber zu befinden, ob nun die Kantonsverfassung entsprechend abgeändert werden sollte; mit 17 900 Nein gegen 13 400 Ja bei einer Beteiligung von 51 Prozent wurde die Einführung des Frauenstimmrechts am 7. Juni jedoch abgelehnt. Eine Minderheit hatte damit ihren Willen gegen die Mehrheit des Genfer Volkes durchgesetzt, was in weiten Kreisen der schweizerischen Frauenwelt Enttäuschung hervorrief. Einen weitern Entscheid, dem eidgenössische und sogar internationale Bedeutung zukam, hatten die Genfer Stimmbürger am 28. Juni zu treffen. In Frage stand die Errichtung eines Laboratoriums für Atomkernphysik, einer Forschungsstätte, wie sie der ungeheuren Kosten wegen sonst nur einige wenige Großmächte unterhalten können. Deshalb hatten sich die meisten Staaten Europas zum gemeinsamen Bau eines solchen europäischen Instituts zusammengeschlossen, und den genferischen und eidgenössischen Behörden war es nach langwierigen Verhandlungen gelungen, die andern Länder dazu zu bewegen, das Gemeinschaftsinstitut bei Genf zu errichten. Die kommunistische PdA machte den Plänen Opposition; es kam eine Initiative zustande, die auch in bürgerlichen Kreisen, wo man unsere Neutralitätspolitik teilweise gefährdet glaubte, Unterstützung fand, in der Abstimmung dann aber mit 17 200 gegen 7300 Stimmen abgelehnt wurde. Von schweizerischer Seite waren damit die Voraussetzungen für die Errichtung dieser wichtigen internationalen Forschungsstätte in Genf erfüllt.

Mehrfach hatten sich die Behörden auch mit einer andern, die gesamtschweizerischen Interessen berührenden Angelegenheit zu befassen, nämlich mit den Bohrungen nach Erdöl, die geplant oder auch schon unternommen und beispielsweise bei Altishofen im Kanton Luzern bis zu einer Tiefe von 1800 Metern vorgetrieben wurden. Auf ausbeutungswürdige Vorkommen ist man zwar bisher nicht gestoßen. Um jedoch für die Zukunft besonders die Konzessionierungsfrage zu klären, gelangte der Bundesrat im Dezember an die Kantone, und auch in den eidgenössischen Räten kam die Frage zur Sprache.

Von der Schattenhalde des öffentlichen Lebens möchte der Chronist lediglich den „Skandal um den Pferdemord in Thun" erwähnen. Unter diesem Titel hatte „Die Nation", die auf Ende 1952 aus dem schweizerischen Blätterwald verschwundene Wochenzeitung, im Herbst in Aufsehen erregenden Enthüllungen darauf hingewiesen, daß bei der Liquidation der Eidgenössischen Pferderegieanstalt in Thun nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Die Angelegenheit wurde dann der Militärjustiz zur Untersuchung übergeben und harrt nun der gerichtlichen Abklärung. Bis dahin dürfte allerdings noch einige Zeit verstreichen, ähnlich etwa wie beim sogenannten Weinmischerskandal, der bereits in der Chronik 1949/50 erwähnt worden ist, aber erst im Dezember 1952 vor Bundesstrafgericht seine Erledigung gefunden hat.

Ein rühmlicheres Kapitel waren die alpinistischen Leistungen der Schweizer Himalaja-Expedition, die im Frühsommer 1952 und im Herbst in zwei Gruppen den rund 8880 Meter hohen Mount Everest zu erklimmen suchte, ihr Ziel aber nicht ganz erreichte, sondern etwa 300 Meter unterhalb des Gipfels umkehren mußte. Immerhin war vor ihnen niemand je in solche Höhen vorgedrungen, und die gesammelten Erfahrungen trugen wesentlich dazu bei, daß dann im Juni 1953 eine britische Expedition mit nochmals verbesserter Ausrüstung diesen höchsten Punkt der Erde ersteigen konnte.

Zum Schluß noch ein kurzer Auszug aus dem eidgenössischen Festkalender: Wiederum waren in verschiedenen Teilen des Landes historische Gedenktage fällig. So konnten 1953 Graubünden,

das Tessin, die Waadt, St. Gallen, der Aargau und der Thurgau das 150jährige Jubiläum als selbständige schweizerische Kantone feiern. Von den acht alten Orten aber war diesmal als letzter Bern an der Reihe, und man festete gründlich: zuerst am 6. März mit einem offiziellen Tag zur Erinnerung an den historischen Tag des Bündnisschlusses von 1353 mit den Urkantonen, und dann Mitte Juni mit dem Abbrennen der „Chuzen" im ganzen Kanton herum, mit einem Festspiel und Umzügen vor wohl mehr als 200 000 Zuschauern, mit zahlreichen Ausstellungen und mit einem Volksfest, das in der für jeden Fahrverkehr gesperrten Berner Altstadt einen fröhlichen Verlauf nahm. Mehr als acht Tage lang prangte die Bundesstadt zur Feier ihrer 600jährigen Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft im Schmuck der Fahnen!

Getrübt wurde die Festfreude nachträglich dadurch, daß gegen Ende Juni die Gegend von Langnau und stärker noch weite Gebiete der Ost- und Innerschweiz von Unwettern und Überschwemmungen heimgesucht wurden, die zum Teil sehr schwere Schäden anrichteten, so daß für die ersten Räumungsarbeiten militärische Einheiten aufgeboten werden mußten. Allein, solche Wunden werden auch wieder vernarben, besonders wenn im Volke der Wille zur Hilfsbereitschaft nie erlahmt. Und darum verabschiedet sich der Chronist von seinen Lesern mit dem Wunsche, daß von dem freundeidgenössischen Geist, der an den Festen zum Ausdruck kam und dort in zahlreichen Reden gepriesen wurde, recht viel auch im Alltag der Zukunft lebendig bleibe!

Aus einem Lokalbericht. Unser beliebter Komiker N. hatte gestern vormittag das Pech, mit seinem Auto in einen Straßengraben zu fliegen. Erfreulicherweise konnte er am Abend in drei Stücken wieder auftreten.

Nur Talent. Die alte Dame an Bord: Oh, wie schrecklich, Herr Kapitän! Wie können Sie so entsetzlich fluchen! Wo haben Sie das nur gelernt? — Der alte Kapitän: So was kann man nicht lernen. Das ist eine Gabe!

Politik. Zu den letzten Gemeinderatswahlen wurden an die Beamten folgende Flugblätter verteilt: „Beamte wacht auf!"

Verwechslungen. „Weißt du noch, Ernst, unter diesem Baum haben wir uns den ersten Kuß gegeben... ach nein, das warst du ja gar nicht!" — „Doch, Lotte, ich war es schon, aber du warst es nicht!"

Blutauffrischung im Bärengraben durch jugoslawische Bärli

Photo W. Nydegger, Bern